

Baruther Anzeiger

Beilage mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Kadeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt).
Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörungen usw. hat der Bezieger keinen Anspruch auf Lieferung des "Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage "Der Familienfreund".



Anzeigenpreise: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die Anzeigenergänzung Sonntagsbeilage.

Nr. 21

Dienstag, den 18. Februar

1930

Die Reichsbank gibt ihren Jahresbericht

Berlin. Die Reichsbank hatte am Sonnabend einen großen Tag. Es fand die Jahresgeneralversammlung statt. Mehr als sonst waren die Anteilseigner der Reichsbank vertreten, darunter sogar viel Frauen. Selbstverständlich, daß die Größen der Finanzwelt anwesend waren.

Der Geschäftsbericht

war diesmal besonders interessant, war doch das abgelaufene Jahr nicht nur allgemein in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sehr inhaltsschwer, sondern auch bezüglich der Reichsbank selbst. Werden doch die Rechte der Aktionäre und des Reiches vom Jahre 1930 an neu geregelt. Genationen brachte der Bericht aber nicht. Freilich wurden wichtige politische und wirtschaftliche Momente erwähnt, aber doch in einer Art, daß der Bericht gegenüber den bisherigen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten keinen wesentlichen neuen Punkt bringt. Der Bericht streifte sodann die große Abhängigkeit Deutschlands vom ausländischen Kapitalmarkt,

deren Gefahren besonders beleuchtet wurden. In den kritischen Wochen des Frühjahres 1929 hat die Reichsbank an Gold und Devisen fast 1,5 Milliarden Reichsmark hergegeben. Die Reichsbank ist in der Lage gewesen, die Stabilität der Reichsmark zu schützen und aufrechtzuerhalten. Interessant war eine Aufstellung, wonach sich der Anteil des Auslandes an den Reichsbankanteilen nicht wesentlich verändert hat. Er beträgt etwa 22 Prozent.

Die Rede des Reichsbankpräsidenten Schaaf.

Die Rede des Reichsbankpräsidenten war kurz und rein sachlich, sie ergänzte im wesentlichen nur den Geschäftsbericht. Bemerkenswert ist, daß die Reichsbank nach wie vor ihre Neubaupläne in Berlin

aufrechterhält, die sie zu gegebener Zeit verwirklichen wird. Eine entsprechende Baureise sei vorhanden. Dabei verfolge man nicht den Zweck, Lustgärten zu errichten, sondern man denke auch an Nationalerholungsmaßnahmen, die sich bei dem jetzigen Bauprogramm nicht entsprechend durchführen lassen. Was den Personalbestand der Reichsbank anlangt, so habe man diesen naturgemäß nicht im gleichen Maße abzubauen können, wie dies die Privatbanken getan haben. Das hänge u. a. damit zusammen, daß die Reichsbank gesetzlich verpflichtet ist, ehemalige Angehörige des Heeres und der Marine, Versorgungswärter, zu beschäftigen. Hiermit hänge es auch zusammen, daß das Durchschnittsalter des Reichsbankpersonals sich fortgesetzt erhöhe, seit 1924 z. B. von 37,5 auf 42 Jahre, was

jährlich 1 Million Rm. Mehraufwendungen an Gehältern ausmache.

Die Gewinnverteilung wird derart abgeändert, daß von den ersten 25 Millionen Reichsmark das Reich 75 Prozent, die Anteilseigner 25 Prozent, von den nächsten 20 Millionen Reichsmark das Reich 90 Prozent und die Anteilseigner 10 Prozent und von dem verbleibenden Rest das Reich 95 Prozent und die Anteilseigner 5 Prozent erhalten, wobei aber den Anteilseignern vorweg eine Mindestdividende von 8 Prozent zugestimmt wird. Als Ausgleich dafür wird den Anteilseignern ein Gratisbezugsrecht derart eingeräumt, daß auf 4 Aktien von je 100 Reichsmark eine Goldschonbank-Aktie zu 10 Pfund und ein neuer Reichsbankanteil zu 100 Reichsmark bezogen werden können. Sowohl die neuen Reichsbankanteile wie die Aktien der Goldschonbank sollen an der Börse eingeführt werden.

Die Aussprache

Die Aussprache wurde bald sehr lebhaft. Im Vordergrund stand dabei der durch erhebliche Differenzen mit der Reichsbank bekannte Betriebsanwaltschaft Winter, der die Forderung des Reichsbankgesetzes bemängelte.

Nach weiterer längerer Aussprache wurden schließlich alle Vorschläge des Direktoriums mit großer Mehrheit genehmigt.

Branntweinausschank am Freitag und Sonnabend verboten.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages traf die Entscheidung über den § 15 des Schenkungsgesetzes. Der § 15 sieht vor, daß die obersten Landesbehörden den Ausschank von Branntwein sowie den Einzelhandel mit Branntwein für bestimmte Morgenstunden und ferner an Lohn- und Gehaltstagen, jedoch höchstens zwei Tage in der Woche ganz oder teilweise verbieten oder beschränken können.

Nach längerer Aussprache wurde diese Bestimmung mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzte sich aus den Sozialdemokraten, Kommunisten und dem Abgeordneten Dr. Strathmann (n.) und D. Mum (Christl.-Nat. Arb.-G.) zusammen. Praktisch würde die Durchführung dieses Beschlusses bedeuten, daß der Branntweinausschank und Verkauf am Freitag und Sonnabend jeder Woche verboten werden könnte. Auf sozialdemokratischen Antrag hin wurde noch eine Ergänzung beschlossen, daß das Verbot auch auf die Wahltag für den Reichstag, die Landtage und Gemeindevorwahlen ausgedehnt werden kann.

Beseitigung des Reichsdefizits auf dem Papier.

Moldenhauers Verhandlungen mit den Regierungsparteien.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Regierungsparteien über die sogenannte Beseitigung des Defizits im Etat für 1930/31, die am Montag fortgesetzt werden, haben inzwischen zu Vorläufen geführt, die praktisch darauf hinauslaufen, daß von einer Beseitigung des Defizits nicht mehr die Rede sein kann.

Ursprünglich hatte der Reichsfinanzminister ein Defizit von 700 Millionen. Das wird rechnerisch dadurch beseitigt, daß man auf die Deckung eines Defizits von 150 Millionen aus dem Etat für 1928 verzichtet. Weiter werden 250 Millionen, die im Etat für die Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung im abgelaufenen Jahre enthalten waren, aus dem Etat rechnerisch herausgenommen. Nach einem vorläufigen zwischen den Regierungsparteien zwar nur erörterten und noch nicht angenommenen Kompromiß will man praktisch eine

Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung durchführen, ohne daß dafür die politischen Parteien die Verantwortung übernehmen sollen. 150 Millionen von den 250 Millionen sollen der Arbeitslosenversicherung dadurch zugeführt werden, daß an die Angestellten- und Invalidenversicherung für 150 Millionen Mark Eisenbahnobligationen verkauft werden, die dann später wieder vom Reich zurückgekauft werden können. Für den Rest von 100 Millionen soll die Arbeitslosenversicherung, die autonom gegenüber der Regierung gemacht werden soll, selbst aufkommen, und zwar dadurch, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einer Zweidrittelmehrheit der Vertreter in der Arbeitslosenversicherung sich über die Deckung dieses Defizits einigen sollen. An die Möglichkeit von Verminderungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ist dabei überhaupt nicht zu denken. Es besteht praktisch nur die Möglichkeit einer Erhöhung der Beiträge von 3/4 auf 4 Prozent.

Auf diesem Wege beseitigt der Arbeitsminister rund 400 Millionen des Defizits und behält nur ein Defizit von 200 bis 220 Millionen, das dann durch eine Erhöhung der Biersteuer und Erhöhung der Zölle auf Kakao und Tee beseitigt werden könnte. Das ganze Verfahren wäre aber von einer Deckung des Defizits weit entfernt.

Polnische Agrarreform gleich Entdeutschung.

Die "Deutsche Rundschau" in Bromberg veröffentlicht die neue Namensliste der Agrarreform auf Grund der Mitteilungen des "Sziennik Wlas" vom 13. Februar. Aus dieser Liste geht hervor, daß Polen die Agrarreform dazu verwendet, um die Entdeutschung auf das rücksichtsloseste fortzusetzen. Auf Grund der Liste ist festzustellen, daß von den 14 620 Hektar, die in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen insgesamt zur Zwangsparzellierung angefaßt wurden, 10 655 Hektar deutscher Besitz sind. Das sind 72,6 v. H. Der deutsche Besitz aber beträgt in beiden Wojewodschaften kaum 30 v. H. In Pommerellen tritt die Wüste zur Entdeutschung noch klarer zutage. Hier wurden 5455 Hektar deutsches und nur 657 Hektar polnisches Eigentum auf die Namensliste gebracht. Das bedeutet eine Heranziehung des deutschen Besitzes mit 89,2 v. H.

Wenn man aus den ersten zehn Jahren des Versailleser Völkerbundvertrages das Fazit zieht, so erkennt man mit erschreckender Deutlichkeit, daß er seinen Zweck vollkommen verfehlt hat und für Polen nicht viel mehr als ein Feigenpapier gewesen ist. Das ehemalige stark deutsche Polen in den abgetretenen Gebieten hat im Laufe dieser kurzen Zeitpanne durch die verschiedenen Zwangsmaßnahmen und Druckmittel der Polen rund zwei Drittel seiner Kopfzahl und eine Million Morgen Landbesitz von früher fünf Millionen Morgen eingebüßt. Es muß somit bezweifelt werden, daß das Warschauer Liquidationsabkommen hier eine Besserung bringen wird. Beweis: das polnische Verhalten bei der Agrarreform.

Die weltliche Feier des Pappshübeldoms.

Rede Bischof Schreiberers.

Berlin. Im Verlauf der weltlichen Feier der katholischen Aktion Berlin verwies Bischof Schreiberer auf das erste Rundschreiben Pius XI. über den Frieden Christi im Reiche Christi. Damals habe der Papst zur großen Zeitfrage der Menschheitsbefreiung zu einer Zeit, da der Völkerverbund noch eine Interessengemeinschaft zur Niederhaltung der im Kriege unterlegenen Völker war, Stellung genommen. Mit dieser Friedensbotschaft habe der Papst fortgesetzte Bemühungen für den Weltfrieden bei den Siegermächten zugunsten der besiegten Völker, namentlich auch Deutschlands, unternommen. Der Papst habe sich ferner eingesetzt für die religiös-ethische Erneuerung der Menschheit. In der Frage der Jugendbildung und -Jugenderziehung sei er als Anwalt der Rechte Gottes, Christi und der Kirche sowie der christlichen Eltern auf die Heranbildung der Jugend aufgetreten. Der Bischof schloß mit Pius XI. als Missionspapst und als Verkünder des Einheitswillens Christi.

Ein-Uhr-Polizeistunde im ganzen Reich

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde mit knapper Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt, daß die Polizeistunde für Groß- und Schmalwirtschafte aller Art grundsätzlich auf 1 Uhr festgesetzt wird, und zwar im ganzen Deutschen Reich. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß die obersten Landesbehörden oder nachgeordneten Behörden Ausnahmen in gewissem Umfange zulassen.

Gegen diese generelle Bestimmung für ganz Deutschland hatten sich in mehrstündiger Debatte der Vertreter der Reichsregierung sowie Vertreter Preußens und Bayerns gewandt. Die Mehrheit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses entschied gegen Regierung und Länder.

Vor der Erschließung

der deutschen Torfmoore.

Die Geologische Landesanstalt Preußens hat eine Denkschrift über den volkswirtschaftlichen Wert der deutschen Torfmoore verfaßt, die sich mit der Frage beschäftigt, wie die kohleeren und fruchtungsunfähigen Teile Norddeutschlands in ihrer Brennstoffversorgung und Krafterzeugung von der Kohlefuhr und -einfuhr unabhängig gemacht werden können. Für Nordwestdeutschland und Schleswig-Holstein, mehr aber noch für Mecklenburg, Pommern, die Grenzmark und Ostpreußen, die zum Teil auf englische und polnische Importkohle angewiesen sind, wird es eine unerschöpfliche wirtschaftliche Hilfe bedeuten, wenn aus dem einheimischen Rohstoff konturergänzende, hochwertige und transportfähige Brennstoffe hergestellt werden können.

Beispielsweise soll Ostpreußen sich völlig unabhängig von jeder Kohlenfuhr machen können, wenn die neue Erfindung des Bergingenieur Schimanski verwirklicht werden wird. Nach einem neuen Verfahren soll man aus Torf vollwertige, aber billigere Britkoks, als sie der Braunkohlenbergbau bisher herstellt, erzeugen können. Das würde eine

grundlegende Umwälzung in der Brennstoffversorgung herbeiführen. Während z. B. 10 000 Kilogramm Kaufprei Britkoks frei Elbing in Ostpreußen 277,50 Mark kosten, soll sich der Preis für 10 000 Kilogramm gleichwertige Torfbriketts auf ostpreussischer Fabrik nur auf 135 Mark stellen.

Norddeutschland verfügt über circa 1,3 Milliarden Hektar technisch nutzbare Moore. Auf dieser Fläche sollen rund 38 Milliarden Tonnen Torf, die bei einer Umrechnung mit einem Setzwerk von 3000 Kalorien pro Tonne 5,8 Milliarden Braunkohlen oder 1,8 Milliarden Tonnen Steintohlen entsprechen, vorhanden sein. In Braunkohlenbriketts umgerechnet, bedeutet dies 3,2 Milliarden Tonnen Brennholz. In der Provinz Brandenburg befinden sich etwa 350 000 Hektar und in Ostpreußen 283 000 Hektar Moorfläche.

Ein einziges ostpreussisches Torfmoor,

das Zehlauer Moor, soll in der Lage sein, den gesamten Bedarf Ostpreußens an elektrischem Strom und Brennholz auf 45 Jahre sicherzustellen, obwohl ihr Vorrat nur etwa 2 Prozent der gesamten ostpreussischen Moorfläche umfaßt. Dabei wäre nicht nur der Preis wesentlich billiger, sondern auch die teure Fracht würde fortfallen.

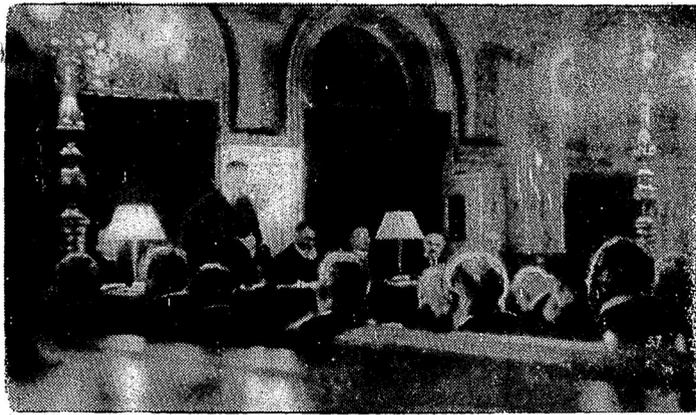
Nach dem neuen Verfahren soll sich überdies der Torf auch zur Bekämpfung eignen, so daß die bisherige Vorratsbeschaffung für den Winter infolge der gewonnenen Unabhängigkeit vom Wetter aufhören kann. Ein Unterschied zwischen Torfbriketts und Braunkohlenbriketts soll nicht festzustellen sein. Als Nebenprodukt bei der Torferverwertung will man Alkohol, Ess, Urter, Essigsäure, Ammoniak erzeugen. Den jüngeren Untertorff kann man außerdem zu einem Düngemittel besonders für leichte Böden verarbeiten, wodurch man den Bezug von künstlichem Stickstoff spart. Der neuen Erfindung muß man großes Interesse entgegenbringen.

Erweiterung der Zuständigkeit

der Amtsgerichte.

Das Reichskabinett hat in seinen Grundzügen einen Gesetzentwurf beschlossen, der den Zweck haben soll, den Etat der juristischen Verwaltungen in den Ländern erheblich zu vermindern. Vorverhandlungen mit den Ländern haben seit längerer Zeit stattgefunden. Das Kabinett hat den Vorschlägen des Reichsjustizministeriums zugestimmt, die auf einer Denkschrift des preussischen Justizministeriums und der preussischen Regierung fußen. Nach diesen Vorschlägen wird im wesentlichen die Zuständigkeit der Amtsgerichte erweitert, und zwar in Zivilsachen bis auf den Betrag von 1000 Reichsmark.

Die Berufungsinstanten in Zivilprozessen war bisher bereits gegeben, wenn der Streitgegenstand 50 Mark betrug. Diese Summe soll wesentlich herabgesetzt werden. Außerdem soll das Verfahren in Zivilstrafsachen rechtlicher Natur, wenn es sich nicht um Handelsfachen handelt, wesentlich vereinfacht werden. Auch sollen mehrere kleine Amtsgerichte durch einen Richter besetzt werden können, da davon eine erhebliche Verbilligung des Verfahrens erwartet wird. Ein Antrag der preussischen Regierung, auch die Gebühren für Armenrechtspflege bei den Rechtsanwältinnen herabzusetzen, ist von der Reichsregierung nicht gebilligt worden.



Der Kampf um den Young-Plan.

Die gemeinsame Sitzung der Reichstagsausschüsse für Haushalt und Auswärtige Angelegenheiten brachte am Sonnabend die Weiterberatung des Young-Gesetzes. Abg. Stöcker (Komm.) brachte sein Misstrauen gegen die Ausführungen des Reichsaußenministers zum Ausdruck. Er behauptete, daß die Pläne der Finanzreform nur eine Befestigung der Arbeiterklasse bedeuteten. — Dr. Quast (Dnt.) hob den Gegenstand hervor, der aus den Reden der Minister Curtius und Birth sprach. Wir müßten mit Dr. Birth darin einig sein, daß heute vom Londoner Ultimatum nicht mehr die Rede sein dürfe. Die Auffassung des Außenministers enthalte eine scharfe Verurteilung seines Vorgängers. Dr. Stöckmann habe als Hauptgrund für die Annahme des Dawes-Plans stets angeführt, daß damit das System der Gewalt endgültig verlassen und die Bahn wirtschaftlicher Verständigung beschritten würde. Dr. Curtius aber behauptete, daß dieser Weg erst mit dem Young-Plan bezogen werde. Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten bestesse darin, daß die Regierungsparteien den Young-Plan nur als Provisorium bezeichneten. Nach seinem ganzen Wortlaut wolle der Young-Plan eine endgültige Regelung herbeiführen. Man müsse den Reichsbankpräsidenten über die Gründe vernehmen, aus denen er dem Young-Plan zugestimmt habe. Dr. Quast wandte sich an die Regierungsparteien und wies ihnen zu: Mit der Ablehnung dieser Vorsehung haben Sie den besten Beweis Ihres schlechten Gewissens geliefert.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

Stelle zu der vom Abg. Dr. Reichert gestellten Frage nach der Goldeneinlösungspflicht eine Erklärung des Finanzministeriums in Aussicht. Die Frage der Endgültigkeit des Plans hat der Minister im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen zu besprechen. Die Einlage an die Internationale Bank betrage zwischen 62 und 65 Millionen Mark. Das Ob und Wann der weiteren Einlage von 400 Millionen stehe im Belieben der Reichsregierung. Der Sachverständigenplan vom 7. Juni 1929 solle im Reichsgeheißblatt bekanntgegeben werden. Es folgten Ausführungen über die Vergleichs zwischen Londoner Ultimatum, Dawes- und Young-Plan. Die Regierung teile den Standpunkt des Abg. Quast, daß das Londoner Ultimatum nur unter Diktat angenommen worden sei. Erst durch die Annahme des Young-Planes, so schloß der Minister, werden wir aber von der Bedrohung des Londoner Ultimatus befreit, da es rein formal noch besteht und die Schuldverpflichtungen über 132 Milliarden sich noch immer in den Händen der Gläubiger befinden. Erst durch den Young-Plan werden diese Schuldverpflichtungen vernichtet.

Nach Dr. Curtius nahm der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Birth, das Wort. Er stellte fest, daß die Besetzung abziehen müßte, ehe man endgültig feststellen könne, welche Schäden uns entstanden seien.

Es folgte eine Rede des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schmidt. Er meinte, daß die kapitalistische Entwicklung die Kräfte zur Erfüllung in sich trage. Er führte die Arbeitslosigkeit nicht auf Kapitalmangel zurück, sondern auf die Nationalisierung der Wirtschaft. Zugleich behauptete er, daß die deutsche Wirtschaft führend auf dem Weltmarkt sei. Der Reichswirtschaftsminister wies auf den Witz der deutschen Schwerindustrie zu Vergoßte nach Mainz hin, um im Hinblick darauf zu sagen: Wer den Young-Plan ablehne, werde ähnliche Zustände wie beim Einmarsch

Entscheidender Tag der Reichsbank.

Am Sonnabend fand die Jahresgeneralversammlung der Reichsbank statt, die in diesem Jahr um so wichtiger war, als die Reichsbank bekanntlich im Mittelpunkt der Parteikämpfe steht. Die Beteiligung war bemerkenswert größer als sonst. Neben den Köpfen bekannter Größen der Finanzwelt waren auch die Anteilseigner, darunter auffallend viel Frauen, stark vertreten. — Reichsbankpräsident Dr. Schacht spricht.

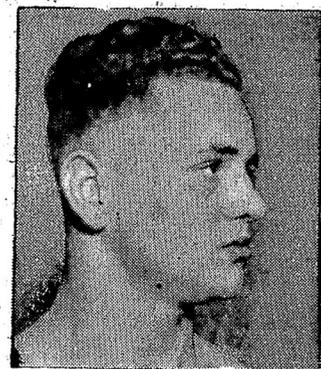
der Franzosen herbeiführen. Es folgte ein Angriff auf Helfferich. Der Wirtschaftsminister meinte, letzterer habe keinen Anteil an der Rentenmaß und der Verleumdung der Inflation.

Im Anschluß an den Minister trat Frau Sender (Soz.) für den Young-Plan ein. Dr. Papf. (D. Ap.) betonte, daß es ein gemeiner Rechtsbruch sein würde, wenn uns das Geozgebiet nicht zurückgegeben werde. Die Zustimmung, wolle die französischen Vögen über das Geozgebiet endgültig festsetzen. Dann sprach er von den Revisionsmöglichkeiten des neuen Plans und äußerte sich, der tiefere Grund für die Nichtaufnahme einer Revisionsklausel liege darin, daß durch sie die internationale Anleihe erschwert werde und damit ein Hauptzweck des Young-Plans für die Alliierten fortfallen würde.

Im Gegensatz zum Reichsaußenminister hielt Abg. v. Sybel (Christl. V.) die Forderungen in Weimar nicht für unangekündigt. Es handele sich um eine Befestigung unserer nationalen Währung. Jede Forderung werde zerstört, da man im Begriff sei, den Polen den inneren Markt ohne entsprechende Schutzmaßnahmen zu öffnen. Die Quittung dieser Politik sei die Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen Arbeitslosen, die zusammengebrochene Landwirtschaft und die immer weiter zehrende Industrie.

Graf Westarp hob für die deutschnationale Volkspartei hervor, daß es sich nicht um die Frage „Young-Plan oder Dawes-Plan“ handle, sondern um die Dawareise oder Youngtrife. In einer Youngtrife würde Deutschland in viel ungünstiger Lage sein. Als Dr. Dernburg bei der Verlesung des Young-Plans folgende Worte äußerte: Die jetzige deutsche Generation hat den schwersten Krieg, die schwersten wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen durchgemacht. Wir sind nicht verpflichtet, unseren Kindern ein Paradies zu schaffen, in dem sie überhaupt nichts mehr zu arbeiten haben, viel ihm der Abgeordnete Dr. Reichert zu: „Nach uns die Sintflut!“ Dr. Kötter (Christl. V.) verlangte von der Regierung nochmals Auskunft über die Bedeutung der Revisions- und Auswahlschutzklauseln.

Der deutsche Halbfingergewichtmeister.



Nach erbittertem und hartem Schlagwechsel über 15 Runden gelang es Piskulla (78,8 Kilogramm), über seinen Gegner Hartopp (77,7 Kilogramm), einen Punktsieg zu erringen. — Piskulla, der Meister.

Beginn der Genfer Zollfriedenskonferenz.

Genf. Die internationale Zollfriedenskonferenz, in deren Mittelpunkt die Frage eines 2-jährigen europäischen Zollwaffenstillstandes steht, wurde Montag vormittag durch ihren Präsidenten, den früheren baltischen Außenminister, Graf Moltke, mit einer längeren programmatischen Rede eröffnet. Auf der Konferenz sind insgesamt 34 europäische Staaten vertreten, Brasilien, Chile, Kuba, Peru, die Republik Domingo und die Vereinigten Staaten von Amerika lediglich durch einen Beobachter.

Die deutschen Vertreter für die Zollfriedenskonferenz sind die Reichsminister Schmidt und Dr. Dietrich, Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Dr. Hilferding. Die an die Begrüßung angegliederte allgemeine Aussprache der Regierungsvertreter ließ zum ersten Male den grundsätzlichen Standpunkt der einzelnen Staaten zu dem Gedanken eines europäischen Zollfriedens erkennen. Die spätere Generalaussprache wird die Schwierigkeiten beleuchten, die heute noch einem europäischen Zollfrieden entgegenstehen.

Ministerpräsident Lardieu erkrankt.

Paris. Ministerpräsident Lardieu ist an Grippe mit Kehlkopfentzündung erkrankt und muß auf Anordnung seines Arztes für mehrere Tage das Bett hüten. Die Erkrankung gibt zu Besorgnissen indes keinen Anlaß. Der auf Montag vormittag angelegte Ministerrat muß infolgedessen auf Donnerstag vormittag vertagt werden.

Beginn der polnischen Korridorfeier.

Warschau. Wie aus Thorn gemeldet wird, ist der polnische Staatspräsident Moscicki am Sonnabend in Begleitung zweier Minister dort eingetroffen. Als der Zug in den Bahnhof von Thorn eintraf, wurden Salutsschüsse abgegeben. Moscicki führt die Ehrenkompanie und die Fahnenkompanie ab. Vor dem Triumphbogen wurde der Staatspräsident von den Vertretern der Stadt Thorn begrüßt. Bürgermeister Bold hielt eine Ansprache, in der er erklärte, daß die polnische Bevölkerung Pommereleens jeden Versuch, das Gebiet von Polen zu trennen, blutig zurückzuweisen werde. Nach den Empfangsfeierlichkeiten fuhr der Staatspräsident, von einer Massen-Schwärme begleitet, zum Botenpostengebäude. Am Abend fand vor der illuminierten Wohnvilla des Staatspräsidenten ein Kapientreffen statt.

Der Reichspräsident und der Young-Plan.

Berlin. Der Reichspräsident wird, nachdem er am Montag vormittag den Führer der deutschnationalen Volkspartei, Dr. Eugen Berg, und den Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Dersjahren, empfangen hat, in den kommenden Tagen auch mit den Führern der übrigen Reichstagsparteien Unterredungen über die Haager Vereinbarungen und über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen haben. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichspräsident sich bei der außerordentlich wichtigen Entscheidung über die Haager Gesetze und das Abkommen mit Polen ein vollkommen selbständiges Urteil über die Auffassungen der Parteien bilden wird.

Der Reichspräsident hat es bisher bekanntlich vermieden, sich in diesen Fragen irgendwie festzugeben. Verfassungsmäßig ist die Frage, ob der Reichspräsident die Unterschrift unter ordnungsgemäß im Reichsrat und im Reichstag zustande gekommene Gesetze verweigern kann, unstritten. Es handelt sich aber bei den Haager Gesetzen und bei dem Abkommen mit Polen auch um die Frage der Verfassungsänderung, die der Reichspräsident mitzuprüfen hat.

Eine Rundgebung gegen den Young-Plan.

Dresden. Der Ortsauschuß Dresden für den Deutschen Volksentwurf veranstaltete eine Rundgebung gegen den Young-Plan. Als Hauptredner sprach Regattakapitän a. D. Scheibe-Berlin. Es wurde eine Entschließung an den Reichspräsidenten einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: Das Verfallengesetz, der Young-Plan, erhält nur Gesetzeskraft, wenn C. Czajkowski es verkündet. Herr Generalleutnant, Sie retteten eine Million Deutsche die Heimat durch den Sieg bei Annenberg. Im Denkmahl von Annenberg legten C. Czajkowski feierlichst Verwahrung gegen die angebliche deutsche Schuld am Kriege ein, auf der sich der Vertrag von Versailles und dann auch der Young-Plan aufbaut. Geben Sie dem deutschen Volke, dessen Heere unbesiegt die Schlachtfelder des Weltkrieges verließen, das Recht, das harte, stolze Nein zurück und damit die Ehre.

Der Märchenvogel.

Ein Segelflieger-Roman von F. Urnefeld.

Copyright by Ureiner & Comp., Berlin W 30.

Nachdruck verboten.

12. Fortsetzung.

Und auf einen fragenden Blick Doras fuhr sie fort:

„Stehst du, Kind, ich tat das, woran ich dich mit allen Kräften zu hindern suchte: Ich schloßste in den goldenen Käfig, den mein Vater mir ausgedacht hatte. Das gab es nicht gern. Ich wehrte mich aus Selbstverleugung. Aber Mama war tot und niemand fand mir bei. Mein Vater sagte: „Du mußt! Es ist dein Glück! Und du wirst es mir bestimmt einst danken, daß ich dich zwang!“ Der arme Papal! Ich habe ihn wenig merken lassen von meinem Unglück, denn ich habe mich beherrscht! Aber es wird ihm doch wohl nicht verborgen geblieben sein. Er stand immer mit, niemals Gulasch bei. Und auch Papa litt darunter. Deshalb habe ich ihm auch nie Vorwürfe gemacht, daß er ja schuld war an meinem Leid. Denn ganz gewiß meinte er es gut, als er mich zu dieser Heirat überredete. Er war selbst ein Mann der Arbeit, dem die Freunde am Erwerb alle anderen Freuden ersetzten. Und Gulasch ist gewiß ein gentiler Kaufmann! Da dachte mein Vater, es könne auch mir nie am Glück fehlen. Ich aber führte schon nach der ersten Woche, daß ich in eine Wüste gelangt sei.“

„Arme, liebe Meta! Und du hast mir nie ein Wort darüber gesagt, hast niemals geklagt! Erst damals, als ich dir vom Goldring erzählte, deutetest du mir an, wie eine Ehe mit diesem Mann für mich werden könnte.“

„Ja da packte mich die Angst um dich. Und da sprach ich zu dir davon, denn der Mensch hat auch Pflichten gegen sich selbst, nicht immer nur gegen andere. Glaube mir, eine Frau, die da hunger nach geistigen Brot, die noch etwas anderes vom Leben erwartet, als nur die

kanalen Vergnügungen, in Kabarets, Operetten und Theatern, der kann aller Luxus keine Entschädigung bieten für die Debe einer Ehe. Ich habe es ja aus jedem Wort herausgehört, daß du auch so eine bist, die sich sehnt nach — Emporkommen! Und heißt du, Dora, mir Frauen können nur emporkommen an dem Mann. Er muß uns Führer und Vorbild sein, sein Geist, sein Willk, seine Kraft müssen uns beherrschen, dann erst wachsen wir über unser Geschlecht hinaus und werden seine würdige Genossin.“

„Wärst du eine Frau gewesen wie deine Mutter, zu Frieden damit, es aller Welt gerecht gemacht und nie Anlaß zu irgendeinem Ekzess gegeben zu haben, wären der Mann und ein guter Tisch samt hübschen, kostbaren Toiletten dein Gott und dein Paradies gewesen! Ich hätte dich nie gehindert, Frau Volking zu werden! Aber ich sah es ja, daß in dir noch etwas anderes lebt. Etwas Großes, das nur geweckt werden mußte. Konnte das an der Seite eines Goldring geschehen?“

Dora lächelte. „Mein, er hätte mir weder Führer noch Vorbild sein können.“

„Stehst du! Und nun noch das: So wie wir emporkommen können neben einem starken Geist, so kann uns ein kleiner immer tiefer herabziehen, wenn wir uns seiner nicht erwehren.“

Sie sprang empor und ging erregt auf und nieder. „Was hätte Gulasch aus mir gemacht, wenn ich nicht endlich gegangen wäre! Was alles hat er nicht schon aus mir gemacht! Oh, Dora, du weißt nicht —“

„Nege dich nicht auf, Diefste!“

„Doch, es muß einmal herunter von der Seele! Und du sollst es wissen, damit du alles verstehst! Sieh, als wir heirateten, vor vier Jahren, machte ich mir ja schon keine Illusionen über ihn. Ich wunderte mich kaum, daß er mich zwang, mich zu hängen in übermäßiger, unerträglicher Weise. Er wollte mich zeigen, mit mir prahlen. Jeden Sonntag, jeden Wochentagsabend, führte er mich

zu den oberflächlichsten Vergnügungen, immer in Gesellschaft seiner Freunde, die mich mit läppischen Komplimenten und anzüglichen Witzgen zu unterhalten trachteten. Toiletten und Manieren einer Barthelettingerin wurden mir als Mutter von Schid und Grazie vorgehalten. Bücher, Kunst, alles, was nicht von ober aus seinem Geiste war, nannte er dummes Zeug. Er ärgerte sich, wenn ich las. Er ärgerte sich, wenn ich eine Kunstausstellung besuchte, höchstens die Namen ließ er gelten. Wir waren gelegentlich zusammen in Paris, Venedig und London. Die Ursache war natürlich stets eine geschäftliche Angelegenheit. Glaubt du, er hätte je einen Fuß in den Louvre gesetzt, wäre nur einmal mit mir in einer Galerie oder einem ordentlichen Theater gewesen?“

„Unmöglich!“

„Daß mich zufrieden mit dem faden Zeug“, sagte er ärgerlich, als ich sein Interesse dafür werden wollte. „Du langweilst mich sowieso mit deiner Weberpanntheit. Andere Frauen wären heilfroh, wenn man ihnen so hübsche Dinge kaufte und sie an so amüsante Orte führe, wie ich dich!“

Die „amüsanten“ Orte waren Nachtkafees, die „hübschen“ Dinge kostbarer Schmuck, mit dem ich die Frauen seiner Konkurrentinnen dabeim „ärgern“ sollte!

Mindestens zog ich mich immer mehr von ihm zurück. Seine gelegentlichen Zärtlichkeiten und Galanterien widerstehen mich an, aber ich gab mir rechtliche Mühe, dies vor ihm zu verbergen, denn ich hielt mir immer vor, daß ich ja gewußt habe, wen ich heiratete.

Dann hab' mein Vater. Mein Gebieter! Bist du hinter Gulaschs Ewahrungen zurück, und da geschah es, daß er zum ersten Male in seiner röhren, brutalen Art mir ins Gesicht schrie, seine Heirat sei doch in allen Stücken ein „schlechtes Geschäft“, eine „total verfehlte Geschäft“ gewesen!“

Dora starrete die Fremdin aus weit aufgerissenen Augen an.

(Fortsetzung folgt)

Seeabrüstung und Panzer-Kreuzer

Der Verlauf der Londoner Flottenkonferenz zeigt immer deutlicher die Gegensätze zwischen England-Amerika und Frankreich. Wenn auch nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten, die in ihren Ausprägungen auf alle Fälle recht vorzüglich beurteilt werden müssen, in gewissen Punkten eine Einigung angebahnt worden ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß nach wie vor von französischer Seite die größten Schwierigkeiten gemacht werden. Es ist dabei besonders bemerkenswert, daß Frankreich immer und immer wieder als Begründung für seine Forderungen die „Gefahr“ der künftigen Panzerschiffe in den Vordergrund stellt.

Was jedoch betamntgegebene Flottenmemorandum Frankreichs listet mit aller Deutlichkeit die Wüste des Abrüstungswillens. Abgesehen von den Forderungen in bezug auf die Sicherheitsfrage enthält dieses Memorandum einen scharfen Vorstoß gegen den deutschen Panzerschiffbau, denn darüber hat die Zustimmung Frankreichs zu den Vorschlägen Englands und Mexikos von abhängig gemacht, daß Deutschland den Weiterbau der Panzerschiffe einstellt. (1) Dieser französische Vorstoß ist wohl vorbereitend und gehört in eine Linie mit den französischen Konferenzerfolgen, die auf einen Austausch der Sinnenstützen zwischen Kreuzern und Torpedobooten hinführen, und den in die Öffentlichkeit gedungenen Plänen, die für den Neuzustand französischer Panzerkreuzer so gut wie fertig sein sollen.

Wieweit England und Amerika auf die neuen französischen Forderungen eingehen werden, bleibt abzuwarten. Tatsache ist jedenfalls, daß Frankreich ein ganz ungeheürliches Hauptprogramm aufgestellt hat, das bei seiner Durchführung den Offensivcharakter der französischen Flotte noch viel stärker hervorheben würde. Die „Angst“ vor der deutschen Flotte unter Hinweis auf den neuen Panzerschiffbau ist sicherlich nur äußerer Vorwand. Auch die häufige Klage, daß die französischen Kreuzer den heutigen Panzerschiffen nicht gewachsen seien, kann in dieser Gegenüberstellung nicht als stichhaltig bezeichnet werden. Die deutschen Schiffe, deren erstes ja seit dem vorigen Jahre im Bau ist, während über den Weiterbau des zweiten noch keine Entscheidung gefallen ist, werden ausdrücklich als Panzerkreuzer bezeichnet. Es ist bedauerlich, daß auch in Deutschland immer wieder von Panzerkreuzern gesprochen wird. Es handelt sich ja bei diesen Schiffen gar nicht um Kreuzer. Durch diese falsche Bezeichnung wird aber eine vollkommen falsche Vorstellung von den Notwendigkeiten solcher Geschützen und von ihrer späteren Verwendung hervorgerufen. Die deutschen Panzerschiffe gelten als Ersatz für die veralteten deutschen Linienschiffe. Nur weil man mit der durch das Versailleser Diktat vorgeschriebenen Größe von 10.000 Tonnen auskommen mußte, konnte man keine vollwertigen Linienschiffe bauen, sondern mußte verjüngen, aus der gegebenen Größe das Höchstmögliche an Stärke und Kampfkraft herauszuholen.

Will man also die deutschen Panzerschiffe mit Schiffen fremder Kriegsmarinen vergleichen, dann darf man sie nur mit Linienschiffen in Zusammenhang bringen, und von diesen besitzt Frankreich allein noch neun vollwertige, natürlich weitlich überlegene Schiffe. Schon die schwere Panzerung, die starke Bewaffnung (28-Zentimeter-Geschütze) und die verhältnismäßig geringe Geschwindigkeit von etwa 26 Seemeilen beweist, daß es sich bei den deutschen Panzerschiffen um keine Kreuzer handeln kann. Wenn wir aber die deutschen Kreuzer, die ja nur eine Größe von 6000 Tonnen haben, mit den Kreuzern fremder Staaten vergleichen, die dem Washingtoner Abkommen entsprechend eine Größe bis zu 10.000 Tonnen haben dürfen, dann ist es sofort klar, wie hart die Unterlegenheit der deutschen Marine gegenüber jeder fremden Seemacht heute ist. Nur auf diese Weise wird man zu einer gerechten Betrachtung der wahren Stärkeverhältnisse kommen können, wird man die französischen „Gründe“ als das erkennen, was sie wirklich sind: Verfühlung der wahren Absichten Frankreichs, das im Grunde seines Herzens gar keine aufrichtige Abrüstung oder auch nur Abrüstungsbeschränkung will.

Nun tauchen immer wieder Gerüchte auf, die von einer Einziehung Deutschlands zur Konferenz wissen wollen. Englands Ministerpräsident MacDonald hat eine solche Absicht erneut scharf zurückgewiesen, und es muß auch vom deutschen Standpunkt nach dem bisherigen Gang der Konferenz ausdrücklich gesagt werden, daß wir auf ihr, wenigstens soweit es die Abwicklung der großen Seemächte anbelangt, nichts zu suchen haben. Deutschland hat bereits abgelehnt, und der Ersatz seiner veralteten Kriegsschiffe im Rahmen des Versailleser Vertrages ist nicht mehr als ein quater Rest. Es hat daher auch keinen Anlaß dazu, durch erneutes Entgegenkommen der Londoner Konferenz, die gegenwärtig ganz offensichtlich durch die übertriebenen französischen Forderungen in eine ernste Krise geraten ist, weiterzugeben. Frankreich will ja eigentlich auch gar nicht den Abbruch der deutschen Neubauten, sondern es will nur diese Lasten als Druckmittel benutzen, da es auf alle Fälle die geplanten neuen Schiffe bauen möchte. Damit aber wird die ganze Arbeit der Konferenz gefährdet, und das wäre ein sehr unglückliches Ende. Es hat daher auch keinen Anlaß dazu, durch erneutes Entgegenkommen der Londoner Konferenz, die gegenwärtig ganz offensichtlich durch die übertriebenen französischen Forderungen in eine ernste Krise geraten ist, weiterzugeben. Frankreich will ja eigentlich auch gar nicht den Abbruch der deutschen Neubauten, sondern es will nur diese Lasten als Druckmittel benutzen, da es auf alle Fälle die geplanten neuen Schiffe bauen möchte. Damit aber wird die ganze Arbeit der Konferenz gefährdet, und das wäre ein sehr unglückliches Ende.

Ein Gesetz über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft.

Amlich wird mitgeteilt: Während der 1922 dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat unterbreitete Entwurf eines Hausgehilfengesetzes sich auf diejenigen „Hausgehilfen“ beschränkte, die nicht als „Angehörige“ im Sinne der Beschäftigungsgesetze anzusehen und die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, geht die neue Fassung des Entwurfes von 1929 weit darüber hinaus. Sie will alle Arbeitnehmer erfassen, die in privaten Haushaltungen hauswirtschaftliche Arbeit oder persönliche Dienste leisten und eine Eingangs- zu dem im Reichstag vorliegenden Arbeitsschutzgesetz werden.

Alle diejenigen Personen, die wegen der Tätigkeit im Haushalt nicht den für Betriebe berechneten Vorschriften des allgemeinen Schutzgesetzes unterstellt werden können und daher von der Geltung des Arbeitsschutzgesetzes ausgenommen werden, sollen durch das vorgeschlagene Gesetz über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft ein entsprechendes Maß von öffentlich-rechtlichem Arbeitsschutz und zugleich ein über das Dienstvertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches hinausgehendes Maß von unabhängigen Vertragsansprüchen erhalten. Der Entwurf will also nicht nur einen Ersatz für die aufgehobenen Gesinnsordnungen, sondern eine angemessene Rechtsgrundlage für alle in Haushaltungen Beschäftigten schaffen. Deswegen soll der Entwurf nunmehr den Namen eines „Gesetzes über die Beschäftigung im Haushalt“ erhalten.

Rus der Heimat

Baruth, den 17. Februar 1930.

Eingefandt.

Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, unseren Fernsprechtsitz zu verbessern, zu modernisieren. Der Versuch, einen Selbstanschluß zu errichten, ist dann gescheitert, daß der einzelne Teilnehmer einen nicht zu geringen Teil der Anlagekosten selbst tragen sollte. Die Ablehnung von Seiten vieler Teilnehmer war nicht unberechtigt; an anderen Orten ist der Selbstanschluß ohne Anspruchnahme der Teilnehmer zur Kostentragung erfolgt. Der Selbstanschluß erfordert ja schließlich auch nur eine einmalige Ausgabe und bringt im übrigen der Post eine gewisse Ersparnis, durch welche diese Ausgabe mit der Zeit amortisiert werden kann.

Jetzt heißt es nun, unser Fernsprechtsitz sei rückständig, da er eine Dienstbereitschaft nur bis abends 10 Uhr vorseht, und es wird dafür Propaganda gemacht, sie bis 11 Uhr nachts zu verlängern. Ueber die Notwendigkeit einer solchen Verlängerung läßt sich streiten. Ich persönlich halte sie für überflüssig, und ich spreche es offen aus, da ich mir selbst nicht den Vorwurf der Rückschlächtigkeit zu machen habe. Wann wird diese Verlängerung wohl in Anspruch genommen werden? Die Kaufleute können wenig Interesse an ihr haben, da für sie ja ein Abendschluß um 7 Uhr besteht, und sie auch nicht berechtigt sind, nach Abendschluß auf telephonische Bestellung etwas zu verkaufen oder ins Haus zu senden. Bei Ausbruch von Feuer kann ein telephonischer Anruf sicherlich die Feuerlöscher beschleunigen. Die Verlängerung wäre aber nur eine halbe Stille, denn das Feuer tritt nicht nach dem Befallen, stets vor 11 Uhr nachts aus. Auch der Selbstanschluß wurde im Interesse der Feuerlöschhilfe empfohlen, und er wäre in dieser Hinsicht berechtigter, als die Verlängerung der Dienstbereitschaft. Neben den einzelnen betroffenen Besitzern hätten aber die Feuerversicherungen, besonders die Provinzial-, das größte Interesse daran, und sie hätten in m. A. auch die ganzen Untertanen f. Zt. übernehmen können. Telephonischer Anruf nachts wäre auch bei Einbrüchen unter Umständen nützlich, wenn ein sogenanntes Ueberfallkommando bestände. Aber auch hier ist es zu bedenken, daß auch die Einbrecher nicht nur bis 11 Uhr nachts arbeiten, und daß Selbstanschluß oder Verlängerung der Dienstbereitschaft in solchen Fällen nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn der Betroffene selbst Teilnehmer ist. Privatgespräche können die neue Einrichtung nicht rechtfertigen; gewiß, es kann ja vorkommen, daß jemand über den letzten Zug verpaßt und seine Angehörigen benachrichtigen oder ein Auto sich irgendwohin bestellen will. Dieser Fall dürfte wohl aber ziemlich selten sein. Eilige Bestellungen auf irgend eine Lieferung haben um diese Zeit keinen Zweck, da die meisten Geschäfte zu dieser Zeit kein Personal mehr zur Verfügung haben.

Reicht noch ein Punkt übrig, welcher als einziger eine solche Verlängerung rechtfertigen würde: die Ananspruchnahme ärztlicher Hilfe; für die in der Stadt Wohnenden ist sie nicht von allzu großer Bedeutung, denn bei den verhältnismäßig nicht weiten Entfernungen kann man durch einen Boten oft früher den Arzt bestellen und Befehl von ihm erhalten, als durch einen telephonischen Anruf. Größeren Nutzen hätten in dieser Beziehung die Dörfer. Selbst in diesen Fällen wäre eine Verlängerung, auch immer nur eine halbe Maßnahme, denn nach 11 Uhr nachts Stille es bei dem alten Zustande.

Nun könnte eingewendet werden, besser etwas als nie gar nichts! Für diese geringe Besserung läßt sich aber eine größere Belastung der Teilnehmer nicht rechtfertigen. An dem best. Rundschreiben drückt man sich über diese pekuniäre Mehrbelastung sehr vorsichtig aus, indem man bemerkt: monatlich 1,75 M.; im Jahre macht es aber 21.— M., d. i. fast eine 50%ige Erhöhung der bisherigen Zahresgebühr! Mit einer solchen Belastung werden für eine halbe Maßnahme, welche nur in wenigen Fällen notwendig ist, viele Teilnehmer belastet werden in einer Zeit der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, in welcher so mancher mit jedem Pfennig rechnen muß und so manches Geschäft kaum die allernotwendigsten Ausgaben einbringt, ein Geschäft, welches durch die Verlängerung gar keinen Vorteil hat.

Wenn man wirklich der Ansicht ist, daß eine Verlängerung der Dienstzeit in bestimmten Fällen notwendig ist, so führe man sie ein, belaste aber nicht die ganze Teilnehmerzahl, sondern belege den einzelnen Anruf mit einer entsprechenden Gebühr. Wer unbedingt um diese Zeit noch telephonieren muß, wird auch gerne eine solche Gebühr entrichten. Jeder Vorkämpfer ist zu begrüßen, er muß aber auch Rücksicht auf die allgemeine Lage nehmen; eine solche halbe Maßnahme, wie die geplante Verlängerung sie darstellen würde, wäre nur eine Nothilfe, welche die durch sie entfallenden Kosten durchaus nicht rechtfertigen würde. Wenn die Post sich wirklich großzügig und forschrittlich auch in den kleineren Städten zeigen will, dann führe sie recht bald den Selbstanschluß durch, aber ohne die Untkosten auf die Teilnehmer abzuwälzen, denn sie hätte den größten Nutzen selbst.

Nach amtierender Feststellung ist die Maul- und Klauenepidemie in Pektus erloschen. Die viehhygienepolizeiliche Anordnung für Pektus vom 22. Januar 1930 ist aufgehoben.

Es ist noch gar nicht lange her, da war in einer englischen Zeitung eine Stelle ausgeschrieben, für die ein Vogelzüchter oder so etwas Ähnliches gesucht wurde, der auf einer einsamen Insel irgendwo im Atlantik Vogelzucht wissenschaftlich untersuchen sollte. Jedenfalls hatte man das Interim mit allen möglichen Bedingungen sinnreich ausgeschmückt, hatte den Kandidaten gute Verpflegung, ausgezeichnete Bezahlung und was weiß ich was verprochen, nur um irgend einen Menschen zu finden, der sich dieser freiwilligen Verbannung unterziehen würde. Man hatte mit einem halben Duzend Menschen gerechnet, die sich um diesen Posten eventuell bewerben würden, mit Abenteurern, Seefahrern, Kandidaten und solchen, die mit der Stillaktion nichts mehr zu tun haben wollten. Und, was meinen Sie, wieviele sich in Wirklichkeit gemeldet haben? Sie werden lachen: 1600 Bewerber maßgebter auf, und alle wollten sie die freiwillige Verbannung antreten, nur um sich auf einer einsamen Insel von den Erzeugnissen der modernen Kultur zu erholen. Und nicht etwa, daß sich da nur geisteskränkelnde Menschen gemeldet hätten und solche, die vom Leben nichts mehr erwarteten — o nein, Künstler, Gelehrte, Menschen in festen Stellungen hatten nur den einen Wunsch, auf dieser einsamen Insel ihre Felle aufzubauen und ruhig zwischen Palmen, Kokospalmen und Sanddörnen ihre kurzen Tage zu verbringen.

Eine Zufälligkeit, Ideen von Sonderlingen, werden Sie denken. Ich glaube aber, der Kern liegt tiefer und ist in der Unzufriedenheit unserer Zeit zu suchen, die den Menschen mit ihrer Fortschrittlichkeit derart auf die Nerven geht, daß er sich nicht mehr vor ihr retten kann. Wir können heute mit 570 Kilometer Stundengeschwindigkeit durch die Luft segeln, wir schaffen künstliche Menschen, bauen Häuser, die fast in den Himmel reichen, vor nichts mehr fürchtet die erfindungswillige Menschheit zurück — wer aber gibt ihr die innere Ruhe wieder, wer giebt Balsam auf ihre entzündeten Wunden? Die einsame Insel im Atlantik? Oder vielleicht das Wiederbestimmen auf sich selbst? Wid.

Elisabeth Brünner-Spepfner, die literarische und politische Vorkämpferin ihrer ostpreussischen und memelländischen Heimat, begibt am 19. Februar in Berlin-Nowawes ihren 60. Geburtstag. Frau Brünner-Spepfner ist in Schuppinnen im Kreise Raginitz (Ostpreußen) geboren. Ihre Jugend hat sie jedoch in dem jetzt abgetretenen Memelland verbracht. Nach Beendigung des Krieges wurde sie von der Provinz Ostpreußen als Abgeordnete in die Nationalversammlung und in den ersten Deutschen Reichstag entsandt. Am nachrücklichsten hat sich Elisabeth Brünner-Spepfner für das Memelland eingesetzt. Vom Augenblick der Abtrennung des Gebietes vom Deutschen Reich an hat sie ihre ganze Kraft dem Bemühen gewidmet, der Welt das Unrecht dieser Konzeption darzutun und die Rückgliederung des Memellandes in den Verband der Deutschen Volksgemeinschaft und des deutschen Vaterlandes zu erreichen.

Einer der schönsten Erfolge der Werbung für den sportlichen Gedanken ist ohne Zweifel das schnelle Aufblühen des Sports der Frauen. Es ist das Frauentum neben ähnlichen und gleichgerichteten Bestrebungen zu einer Bewegung geworden. In der das Geschickliche der Erlangung der Frau nach der Welt zu erreichen ist. Die Frauen sind im Hinblick auf den Ausbruch der Welt zu erreichen. Bei der Einstellung des deutschen Bürgers auf die große Frage müssen naturgemäß auch Bildungsweg und Bildungsmittel möglichst einfach und leicht zugänglich sein. Dank der Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit des türkischen Bildungsguts läßt eine solche Beschränkung trotzdem noch genügend Spielraum für eine abwechslungsreiche und erdigen beständeten Zweigebungen gerecht werdende Gestaltung des Turnens und der Turnweihen in den verschiedenen Abteilungen. Da woher die Deutsche Turnerschaft am ersten und längsten für die körperliche Erhaltung der Frauen geworben und gewirkt hat, konnte sie ihr Frauentum aufbauen auf der sicheren und breiten Grundlage reicher Erfahrungen und Entwicklungsgewinne. Die ihr eigene innerliche Bereitschaft und Aufgeschlossenheit nach sich ergebenden Beiträgen gegenüber vererbte eine Erhaltung des Frauentums und war zugleich einer erwünschten und zweckmäßigen Auswertung der wissenschaftlichen Erfolge der Bewegung auf die praktische Ebene. Bei allem Wandel von Formen und Stoff blieb auch im Frauentum immer jene Grundrichtung gewahrt, die bestimmend ist für alle Lebensauffassungen und Entwicklungsrichtungen innerhalb der Deutschen Turnerschaft: die tiefste, sittlich überflutende und im Vollstunde wachsende Bewusstheit der deutschen Turnkunst. Diese tiefste und allem Menschlichen abhöle Auffassung von den Lebensbedingungen der Frau trägt sich mit aller Deutlichkeit im praktischen Turnbetriebe aus. Nicht das turnerische Können und die Leistung an sich gilt als Ziel, sondern Weidung und Stärkung der Freude am Körper, an der Bewegung schlechthin. Das fröhliche Gesicht wird höher bewertet als ein dem Kraftmaß des Körpers zuwiderlaufendes Streben nach Gipfelerstrebungen. Besonders für die reife Frau soll das Turnen immer ein Ziel und freudiges Tun bleiben, das die Alltagsorgen vergessen läßt. Die Frau muß aus der Turnweihen jenes erhellende Frohsinnempfinden mit hinausnehmen können in den kommenden Tag, das nun einmal unserm Dasein fehlende Gottesgnade ist. Aus dieser Lebensauffassung Grundstimmung heraus werden am ehesten und fruchtbarsten jene gesellschaftlichen Umgestaltungen entstehen und Bereicherung der persönlichen Daseinsgestaltung dienen. Und darüber hinaus werden diese Gegenkräfte wirksam werden für die Gemeinschaft, in die das Leben die Frau hineingeworfen hat. Darum darf das Frauentum aber auch nicht vorübergehen an all den Beisetzungen, denen diese gemeinschaftsbildende Werte innewohnen, wie das die Pionierarbeit, der Gruppenarbeit, die Spielmannschaft u. a. in reicher Fülle bieten. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß in unserer Zeit immer häufiger auch jene Beisetzungen bei der Frau Beachtung und Wertschätzung finden, die wie Spielen, Wandern, Schwimmen das deutsche Turnen zu seinen besten Bildungsgütern rechnen darf.

Berühmtes

Golßen. Tischlermeister Schröder in Waidow konnte sein 50-jähriges Meisterjubiläum begehen. Die Handwerkerkammer ehrte den Jubilar durch Verleihung des Ehrenmeisterbriefes der Handwerkerkammer, welcher ihm durch eine Abordnung der Golssener Tischler-u. Schlosserinnung überreicht wurde.

Jüterbog. Freitag abend kam es auf der Chaussee von Kloster Zinna nach Jüterbog zu einem bedauerlichen Unfall. Der Weber Paul Wächter fuhr auf dem Fahrrad; verunglückte er am nachfolgenden Fahrer ihm auf das Hinterrad. Wächter wollte zur Seite nach dem Sommerweg ausweichen und wurde im selben Augenblick von einem von Berlin nach Dresden fahrenden Kraftwagen erfasst. Wächter stieg auf den Kübler und mit dem Kopf in die Windkutschscheibe, die zerplatzte und dem Berunglückten recht erhebliche Schnittwunden beibrachte. Vor einer eigentlichen Schuld kann kaum nach einer Seite gesprochen werden, da eine unglückliche Verkettung von Zufällen den bedauerlichen Unfall hervorgerufen zu haben scheint.

Cudenwade, 14. Febr. Der frühere Färbereibesitzer und jetzige Privatier Ernst Krüger, Burg 29, beging mit seiner Gattin, geb. Wilschen, das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist 79 Jahre alt, noch ein Kriegsteilnehmer von 1870/71 und Inhaber des Eisernen Kreuzes, seine Gemahlin 74 Jahre.

Egsdorf. Trotdem schon alle Vorbereitungen getroffen waren, um die Goldene Hochzeit unseres Bräutigams Julius Kind zu begehen, mußte die Feier abgefragt werden. Nach genauer Prüfung hat sich herausgestellt, daß das Ehepaar erst 1931 den 50-jährigen Ehezeit vollenden wird.

Waldow. Gestern fand im Gottesdienst die feierliche Einführung des Herrn Pfarrer Schöfer durch Herrn Sen. Barth-Ludwig statt.

Jossen. Die Stadtverordneten-Sitzung beschloß die Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft.

Ludau. Am vorigen Donnerstag war es der Witwe Leonore Lehmann, Langestraße 18, vergönnt, in seltener körperlicher und geistiger Frische das 90. Lebensjahr zu vollenden; sie ist die drittälteste Einwohnerin der Stadt.

Dobrilug- Kirchhain. Wie wir seinerzeit meldeten, wurde ein wertvolles Steintohlenlager bei Dobrilug-Kirchhain entdeckt. Nummer haben Tiefbohrungen der Preussischen Geologischen Landesanstalt ergeben, daß möglicherweise auch Erdöl-, Bergwachs- und Asphalt vorhanden sind. Vom Oberbergamt wurde auch Dörschauer und Dörschauer festgestellt. Neue Bohrungen wurden dieser Tage von der „Preußag“ begonnen.

Wendisch-Buchholz. Der hiesigen Maschinenfabrik vormals Felix Grundig ist ein eigenartiges Schicksal beschieden. Der Betrieb, der im Anfang flotten Geschäftsgang

hatte, geriet j. Zt. in Konturs. Er lag dann mehrere Jahre ganz still und wurde vor etwa zwei Jahren bei der Zwangsversteigerung von dem Ingenieur Wendt aus Berlin erstanden. Derselbe fing von neuem zu bauen an, um eine Kachelmaschinenfabrik einzurichten. Trotzdem die Bank für Handel und Gewerbe in Berlin eine Hypothek von 30 000 Mark ihm zur Verfügung stellte und auch die hiesige Stadt ihre Forderungen hypothekarisch eintragen ließ, geriet Wendt ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten, so daß jetzt abermalige Zwangsversteigerung der Fabrik erfolgte. Hierbei gab die Bank für Handel und Gewerbe in Berlin das Höchstgebot mit 15 500 Mark ab. Die Forderung der Stadt ist hierin aber ungepflegt. Der Vertreter der Stadt gab bis zu deren Höhe (14 500 Mark) sein Gebot ab.

Die Grenzmarkbeilage für Posen-Westpreußen soll polnische Tageszeitung werden. Aus Glatow (Grenzmarkt) wird berichtet: Wie die in Allenstein erscheinende polnische Zeitung bekanntlich, wird die Grenzmarkbeilage für Posen-Westpreußen jetzt zu einer besonderen polnischen Tageszeitung ausgebaut, die in Glatow herausgegeben werden wird.

Den eigenen Mann erschlagen. In Stelenzing (Grenzmarkt) wurde die 68jährige Frau Bamhagen unter dem Verdacht verhaftet, ihren Mann erschlagen zu haben, der seit fast fünf Jahren verschwunden ist. Erst nach Aufklärung der Mordgeschichte in Gumbow bei Krossen war die Vermutung aufgefaßt, daß, ähnlich wie dort, auch hier ein Mord durch Verwandte vorliegt.

300 Jahre Gemeinde Radom. Das 300jährige Bestehen der Gemeinde wurde durch eine kirchliche Feier festlich begangen. Die Gemeinde Radom wurde am 10. Februar 1630 durch die Gräfin Czarnkowska-Czarnitau gegründet. Die ersten Besitzer waren der Freischnitz Abraham und Gutsbesitzer Kontel. Außerdem wurden zehn Bauernstellen und eine Gutswirtschaft angelegt. Die Wirtschaft, die am längsten ununterbrochen im Besitz einer Familie war, ist die Familie Schlander.

9. Brandenburgischer Vierztertag. Der Vierzterverband der Provinz Brandenburg tagte im Saale des Vierzterverbandes in Berlin-Grünwald. Der Geschäftsführer Dr. Landberg gab den Jahresbericht und führte dann a. a. aus: Der Verband treibe bewußt eine Politik der Verständigung und halte sich fern von jedem politischen und wirtschaftlichen Radikalismus. Die wirtschaftliche Lage der beamteten und der nicht zu den Klassen zugelassenen jungen Vierzter erfordere Erleichterung ihrer Beitragszahlung. In der schwierigen Frage der Liquidationsprüfung müßten die Vereine den Verband durch Erziehung der Vierzter unterstützen. Die Verbandsleitung halte die Sozialversicherung für unbedingt notwendig und lebensfähig und ist bereit, für zu fördern. Wahrung der Rechte der Vierzter auf freie Berufsausübung sei Leitmotiv des Verbandes. Deswegen müßte der Verband auch scharf gegen die Maßregelung der Vierzter des Kreises Sellow durch den Kreisaußschuß auftreten, die sich seinen Wünschen nicht fügen wollten. Es schloß sich daran eine Aussprache über die Not der Reichshilfe a. d. Landärzte an, einen brauchbaren Vertreter zu bekommen. Die weitere Beratung darüber wurde einem fünfköpfigen Ausschuß überwiesen. Zum Punkt „Vierzterliche Planwirtschaft“ wird in Aussicht genommen, durch Fragebogen festzustellen, wo für Vierzter in der Provinz Erfordernisse bestehen.

Schulgebäudeveränderung in der Reichshauptstadt geplant. Die Deputation für das höhere Schulwesen Berlins hat beschlossen, das Schulgeld für Auswärtige um 25 Prozent, für Einheimische um 20 Prozent zu erhöhen. Der Berliner Stadtverordnetenversammlung soll demnächst eine entsprechende Vorlage darüber zugehen.

Dr. Cämer nimmt an der Potsdamer Altveteranenfeier teil. Zu der diesjährigen Altveteranenfeier in Potsdam, an der die Spitzen der Behörden teilzunehmen pflegen, hat auch Dr. Cämer sein Erscheinen zugesagt.

Schwerer Straßenunfall. Während des Wochenmarktes geriet der 14jährige M. Starpta aus G. m. i. g. e. l. unter ein aus Wollfeln nach Biffa fahrendes Mietauto und mußte in schwerverletztem Zustand in das Krankenhaus geschafft werden. Wie von einem Augenzeugen berichtet wird, versuchte der Junge ein einlaufendes Huhn einzufangen und achtete hierbei nicht auf die Autosignale.

Wohlfahrtsverein deutscher Frauen in Graudenz. In der diesjährigen Hauptversammlung des Wohlfahrtsvereins deutscher Frauen in Graudenz wurde im Jahresbericht die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß der Verein an Mitgliedern gewonnen hat. Höhepunkte im Vereinsleben waren die beiden Feste im Jahreslauf, und zwar zu Fastnacht und zu Weibsnachten; zu letztgenannter Feier hatten die Mitglieder der Gesehne mitgebracht, durch deren Verkauf eine hübsche Summe zur Unterstützung verarmter Frauen erzielt wurde. Der Verein hat auch das Ziel, in gegenseitiger Raterteilung und in Geselligkeit Frauengemeinschaft zu pflegen.

40 Fische auf einer Eisföhle abgetrieben. In große Not geraten waren dieser Tage die Fische des Haffortes Gr. - H e y d e r u g. Zur Ausübung ihres Fischezberufes hatten sich etwa 40 Fische mit Handföhnen auf das noch nicht sehr starke Eis begeben. Infolge plötzlich einbrechenden starken Nordostwindes löste sich eine riesige Eisföhle vom Lande und trieb mit den darauf befindlichen Fischen in südwestlicher Richtung ab. Glücklicherweise konnten alle mit Hilfe von Handföhnen schließlich gerettet werden.

Deutschtum hinter der Grenze.

Originalteilheft für unsere Zeitung.

Von Felig Saldow.

Die Stadt mit dem deutschen Charakter mitten in der Tschechoslowakei. — Bis auf den Bahnhofsportier spricht alles beheimatet deutsch. — „Parfissal“ auf tschechischer Bühne. — Unentbehrliche Kaffeekasse.

Mährisch-Odrau, Anfang Februar 1930.

Wenn man im D-Zug auf der Strecke Wien—Breslau durch den Bahnhof von M ä h r i s c h - O d r a u — knapp vor der deutschen Grenze — durchfährt, so ahnt man nicht, daß man es hier mit einer bedeutenden Industriestadt zu tun hat, die im wirtschaftlichen Leben in der Tschechoslowakei eine wichtige Rolle spielt. Erst wenn man zufällig dort Aufenthalt nimmt, so sieht man sich in einer modernen Stadt, die immerhin ihre 130 000 Einwohner zählt und die sich mit ihren schönen Bauten, den sauberen Straßen, den großstädtischen Schaufenstern der Geschäfte überall zeigen lassen kann. D. h.: bei der Sauberkeit der Straßen darf man nur an die Straßenreinigung denken, sonst riecht über Mährisch-Odrau ständig ein feiner Aschenregen, der einen wirklich weißen Hemdtragen zur Utopie werden läßt. Denn die Werte der Industrie bringen bis in das Herz der Stadt vor, und vor den Fenstern des hochgelegenen „Hotel National“ leuchten nachts die Feuer der Glühbirnen auf — ein imponierendes Gesamteindrucksbild und aus Menschennähe ersprungenes Licht! Und es ist d e u t s c h e r Menschengeist, dem dieser Schwerindustriebezirk sein Entstehen verdankt.

Die Wittkower Eisenwerke sind weltbekannt, aber daß auch die J. G. eine „Konkurrenz“ in den Mähr.-Odrauer Eisenwerken hat, dürfte man in der Distanz nicht wissen. Und die Oberförsterei in der Nähe von Mährisch-Odrau hat gerade das Dorado für die Feuerwehrgesellschaften zu sein. Ob es übrigens darauf zurückzuführen ist, daß sogar die Wachleute (sprich Schupo-beamteten) eine Art Feuerwehrhelm als Krönung ihres Hauptes benutzen? Der Industriecharakter der Stadt betont auch die Drahtseilbahn, die über Odrau führt, und schließlich die schwingenden Fluten des Mühlflusses selbst, das von mehreren imposanten Brücken überquert wird.

Der gewichtigen Stellung der — deutschen — Schwerindustrie ist es auch zu danken, daß die Stadt ihren deutschen Charakter weitestens einermöglichen behaupten konnte. Die Aufschriften auf den Laden, die Reklamen, die Auszeichnungen in den Schaufenstern sind alle zweisprachig gehalten, und die Tschechen selbst sind der deutschen Sprache gegenüber von einer Toleranz, die besonders angenehm berührt, wenn man sie der Unzulänglichkeiten gegenüberstellt, die z. B. in Prag herrscht, wo die Polizisten sich höchstens mit offensichtlichsten Amerikanern deutsch unterhalten, den einzigen Ausländern, von denen sie anheimelnd nicht verlangen, daß sie in der Geschäftswelt tschechisch gelernt haben. G i n e n Mann allerdings habe ich in Mähr.-Odrau gefunden, der nur mit äußerstem Unbehagen zu bemerken ist, auf deutsch Auskunft zu geben, und das ist der Bahnhofsportier. (Weinige hätte ich feinetwegen einen Zug verpaßt!) Aber sonst kann man in den Kaffeehäusern sogar rein tschechische Gesellschaften deutsch sprechen hören (die Deutschen besonders aus dem Reiche, radebreiten dafür zum Ausgleich wieder begeistert tschechisch oder das, was sie dafür halten).

Unwohl ist die Tschechoslowakei valutaschwächer ist als Deutschland, so sieht man doch auf Schritt und Tritt, daß ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber sind als die deutschen. Man bekommt dieselben Sachen wie im Reiche um ein Viertel bis um die Hälfte billiger. Dies gilt für Lebensmittel, Schuhe, Kleider und Wäsche, aber auch für Lederwaren und Luxusartikel. Dafür sind freilich auch die Löhne und Gehälter entsprechend niedrig, so daß der Lebensstandard nur um ein geringes höher ist als der deutsche. Von der wirtschaftlichen Gesundheit zeugen auch die bereits erwähnten Bitropaläste, die, wie der moderne Baustil zeigt, alle Nachkriegsbauten sind. So kann man gegenüber dem Deutschen Theater einen imponierenden Geschäftsbau sehen, der, wenn er in Leipzig auf dem Augustusplatz stünde, sicher als Hochhaus angeprochen würde.

Uebrigens: Deutsches Theater! In dem früheren Gebäude des Deutschen Theaters spielen jetzt die Tschechen (u. a. nebenbei auch „Parfissal“). Die Deutschen müssen daher mit einem Rottheater vorlieb nehmen, das aber sehr hübsch ausgebaut ist. Die Bühne ist recht groß, im Zuschauerraum gibt's sogar Parquet und ersten Rang und vor allem — es wird gutes Theater gespielt.

Wie überall im Osten und Südoften, spielt das Kaffeehaus eine große Rolle. Geschäftliche Verhandlungen und Vorbesprechungen finden im Kaffeehaus statt. Meberflüssig, so sagen, daß man Zeitungen selbstverständlich ebenfalls dort liest und daß man auch zu einer Bräutigamsfeier von Bekannten nicht zu ihnen nach Hause, sondern ins Café K. eingeladen wird. Aber diese Erziehung, daß das Café zugleich Wohnung, Klub und Büro ist, kann man überall im Osten und Südoften, in Polen, im alten Oesterreich und am Balkan, von Wien bis Athen finden.

Im Straßenbild bemerkt der des Militärs entwöhnte Deutsche besonders das starke Auftreten der Uniform. Mit ihren amerikanischen Rappen sehen die tschechischen Offiziere direkt unternehmend aus. Ihr Benehmen ist aber an sich taktvoll und untergeordnet sich wohlklingend von dem vieler Offiziere aus anderen „Siegeerstaaten“. — Sonst sieht man elegante Frauen und weniger elegante Männer (vermuthlich, weil diese für die Eleganz der Frauen aufkommen müssen). Im schreienden Gegensatz dazu stehen die Truppen von drei bis vier Weibern, die mit ihren Kohlenpinkeln auf dem Rücken an dem eleganten Korso vorbei traben.

Das Industriegebiet um Mährisch-Odrau steht noch im Zeichen des Aufstrebens in der aufstrebenden Tschechoslowakei. Volkswirtschaftlich bedeutet es also eine Stärkung der tschechischen Handelsbilanz. Aber auch hier sind es Deutsche, die am Werk sind, ist es deutsche Technik, die ein erfolgreiches Schaffen ermöglicht, ist es deutsches Wesen, das der Kultur seinen Stempel aufdrückt. Das wirkliche Deutschtum macht nicht vor Ausbesetzungen halt, sondern reicht, so weit die deutsche Junge erkört. Freuen wir uns daher, wenn es unseren Brüdern außerhalb Deutschlands, die es bewusster sind als wir im Inland, heute besser geht als uns, es kommt doch wieder dem Volksganzen zugute.

Bekanntmachung.
In Mahlsdorf ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Baruth (Mark), den 14. Februar. 1930.
Der Amtsvorsteher Richter

Zwangsversteigerung
Mittwoch, 19. Februar, 12 Uhr, versteigere ich öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung in Baruth Hotel Beelow

Möbel, 2 Büroschreibstische
Henning
Gerichtsvollzieher fr. M.

Bis Donnerstag verkaufe ich zu **Ausnahmepreisen**

prima junges **Rindfleisch**, la. Fleisch und Leberwurst, sowie sämtl. Wurstwaren
Max Kuschla
Fleischermeister

la **Eiderfettkäse 20%**
9 Pf. — Wz. 6.30 franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg

Der Deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!
... er ist nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!
Jede Woche 80 Seiten für 50 Pf. Monatsbezug RM 2.—
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung **Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24**

Danksagung
Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten in unseren schwergeprüften Tagen sagen wir denen, die uns mit aufrichtiger, ehrlicher Liebe gedient haben und beim Heim gange unseres lieben Kindes **Sybillia** treu zur Seite standen, insbesondere Herrn Superintendent Boelke für die liebevollen, zu Herzen gehenden Worte am Grabe, unsern herzlichsten Dank.
Familie H. Lohmann

Wir fertigen Druckerarbeiten
für Industrie, Handel, Gewerbe
Buchdruckerei J. Särchen Baruth (Mark) b. Berlin
Familien- und Vereins-Drucksachen schnell und gewissenhaft bei billigster Preisstellung

MEYERS LEXIKON
Die neue siebente Auflage in 12 Halblederbänden wird Mitte 1930 vollständig sein und etwa 363 Rm. kosten
MEYERS LEXIKON
verbindet zeitgemäß knappe Fassung und Übersichtlichkeit mit größter Reichhaltigkeit in Text, Bildern und Karten
MEYERS LEXIKON
gibt auf jede Frage sofort unfehlbar richtige Antwort und ist der zuverlässigste Berater in jeder Lebenslage
MEYERS LEXIKON
ersetzt eine umfangreiche Bücherei und ist deshalb billig. Bequeme Teilzahlungen erleichtern die Anschaffung
MEYERS LEXIKON
ist durch jede Buchhandlung, die auf Wunsch ausführliche Anknüpfungen mit Bezugsbedingungen sendet, zu beziehen.

Pädagogium Traub, Frankfurt-Oder 09
Frankfurt-Oder 09, Sexta bis Abitur
Kleine Klassen. Schülerheim. Tägliche Arbeitsstunden. Buch frei.

Hunderttausende lesen die WOCHE
Deutschlands populärste Zeitschrift
Das Weltgeschehen im aktuellen Bilderfeld. Eine Fülle von Lesestoffen: 6 Seiten Roman-Geheimnisse, 1000 noch unentdeckte Abenteuer. Bedeutendste Berichterstattungen über die Funkflugprogramme auf weiten der Welt und dem Weltall.
Noch wichtiger in der Herstellung. Photographische Qualität. Abdruck der Bilder durch Zepherus. Keine überhöhten Bilder. Unvergleichlich.
Es gibt keine zweite deutsche Zeitschrift, die für 50 Pf. Wöchentlich ein Reichhaltigkeit und Ausstattung bietet.
Sehen Sie: deshalb lesen so viele die „Woche“!
Tun Sie es auch!
Die neueste Ausgabe ist immer Donnerstags bei Ihrem Buch- und Zeitschriftenhändler vorrätig.